

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM, im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM, bei Postbestellung 3 RM. Inwieweit Abzüge von den Postgebühren möglich sind, wird in jeder Nummer angegeben. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Reklameweile im regulären Teil 1 RM, Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Die 4-spaltige Reklameweile im regulären Teil 1 RM, Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Die 2-spaltige Reklameweile im regulären Teil 1 RM, Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Die 1-spaltige Reklameweile im regulären Teil 1 RM, Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Die 8-spaltige Reklameweile im regulären Teil 1 RM, Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Die 4-spaltige Reklameweile im regulären Teil 1 RM, Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Die 2-spaltige Reklameweile im regulären Teil 1 RM, Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Die 1-spaltige Reklameweile im regulären Teil 1 RM, Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Roffen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 241 — 89. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 15. Oktober 1930

Nebengeräusche.

Im Sitzungsjaal des Reichstages wird das heute bei solchen Gelegenheiten üblich gewordene Theater aufgeführt und in den Straßen hört man als Begleitmusik das Klirren der eingeschlagenen Fensterscheiben, — unter seltsamen „Nebengeräuschen“ ist der fünfte Deutsche Reichstag eröffnet worden! Man zeigte sich also recht lebendig, draußen und drinnen, und auch die Schupo war genötigt, einermassen für „Bewegung“ zu sorgen, wobei dann freilich das „Stehen“ müssen die Folgeerscheinung zu sein pflegt!

Nun ist ja Berlin noch nicht das Deutsche Reich und Demonstrationen sind noch nicht der Ausdruck einer überforderten Volksseele. Aber eine Spannung politischer Art besteht. Der Graben zwischen der derzeitigen Reichsregierung und dem rechten Flügel der man muß schon fast sagen: früheren — Regierungskoalition hat sich ständig und deutlich vertieft, verbreitert. Landvolk, Deutsche Volks- und Wirtschaftspartei wollen sich vom Kabinett Brüning distanzieren oder haben das teilweise schon getan. Ihre „Vertreter“ in der Regierung werden nicht mehr als von den Parteien delegiert, als Führer anerkannt, denen man Gefolgschaft leistet. So wirt es sich immer stärker aus, daß die Reichstagsauflösung durch das Kabinett Brüning ein Vorstoß gegen eine Mehrheit des Parlaments war, daß aber das Resultat dieses Vorstoßes eine Stärkung dieser Mehrheit wurde und nun zum mindesten das parlamentarische Schwergewicht nach rechts hinüberging. Da Brüning aber eine Stütze für die Zentrumsregierung seines Programms nun weiter und nur weiter erhalten wird, so erfolgt ein Abmarsch seiner Streitkräfte auf dem rechten Flügel. Oder, vorsichtiger gesprochen: er kann sich auf diesen Flügel parlamentarisch nicht mehr verlassen; ist von diesem vielleicht schon im Stich gelassen.

Man hat früher viel und nicht ohne Veranlassung darüber getagt und gepostet, daß die verfassungsmäßige Ernennung bzw. Entlassung des Reichskanzlers „auf Vorschlag des Reichskanzlers“ praktisch in eine von ihm unbedingte anzunehmende Präsentation der Ministerkandidaten durch die Parteien umgewandelt worden sei. Nicht mehr sich selbst suche der Reichskanzler die ihm geeignet erscheinenden Mitarbeiter für die Regierung heraus, sondern er müsse die ernennen lassen, die man ihm durch die Fraktionen namhaft macht. Unfreiwillig ist dies auch oft genug so geschehen, denn hinter all dem stand ja immer das große Problem der Mehrheitsbildung, der Vermeidung eines Misstrauensvotums. Aber selbst dann, wenn die Parteien ihre eigenen anerkannten Führer in die Regierung „entsandten“, führten sie sich durchaus nicht unbedingt an die Enschlüsse dieser Führer gebunden; „Extratouren“ solcher Art gerieten im Reichstag durchaus nicht zu den Seltenheiten. Und gerade in entscheidenden Augenblicken fielen bestimmte Parteien auseinander, versagte zum mindesten ein Teil dem Führer die Gefolgschaft. Jetzt hat sich das gründlich geändert und Dr. Brüning's Kabinett versucht im Kampf gegen den „Parlamentarismus“, gegen die Fraktionen, die von eigenem, nach anderen Richtungen hin gerichtetem politischen Willen erfüllt sind, die Wucht seines Programms, also der Regierungsabsichten zur Geltung zu bringen. Daraus ergibt sich dann ohne weiteres, daß bestimmte Mitglieder dieser Regierung die Pläne „ihrer“ Fraktionen nicht mehr mitmachen wollen und können.

Besteht also auf Brüning's rechtem Flügel unstreitig eine Spannung, die letzten Endes auf das Wahlergebnis zurückgeht, so erwacht ihm auf dem linken Flügel in den Ausbruch des Berliner Metallarbeiterstreiks freilich eine neue, durchaus nicht nur wirtschafts- und sozialpolitische Schwierigkeit vor vorläufig nicht absehbarem Ausmaß. Angesichts des Grundfaktors in der Entscheidung des Schlichters, der zweeks Herabdrückung der Produktionskosten eine Lohnkürzung in Vorschlag bringt, ist der Streit drauß und dran, seine Rückwirkung auch nach der politischen Seite hin, also auf die Haltung der Sozialdemokratie auszuüben. Dr. Brüning auch noch diesem Sturm widerstehen wird neben jenen parlamentarischen Attacken, — darüber Bedenken zu äußern ist außerordentlich naheliegend.

Kein Eingreifen der Regierung im Berliner Metallarbeiterstreik.

Berlin, 14. Oktober. Am Dienstag nachmittag waren Gerüchte verbreitet, daß auf die Streikabschwächung der Berliner Metallarbeiter hin die Reichsregierung eingreifen beabsichtige. Demgegenüber kann mitgeteilt werden, daß irgendwelche Verhandlungen hierüber weder beim Reichskanzler noch beim Reichsarbeitsminister stattgefunden haben. Höchstwahrscheinlich werden die Arbeitgeber am Mittwoch, wenn der Streik ausgebrochen ist, die Verbindlichkeitsklärung des Schlichters beantragen. Daraufhin erfolgt, wie üblich, eine neue Fühlungsnahme des Schlichters mit beiden Parteien, so daß sich die Behörde auf diese Weise in den Lohnstreit einschalten dürfte.

Hochspannung in der inneren Politik

Der Kurs der Regierung Brüning.

Wer wird Reichstagspräsident?
Mit steigender Eile repariert man die während der Unruhen auf der Leipziger Straße in Berlin und Umgebung eingeschlagenen Fensterscheiben der Geschäftshäuser. Währenddessen klutet noch immer größere Massen in die betroffenen Straßen und die Polizei ist in erhöhter Wachsamkeit, obwohl es sich anscheinend nur um Neugierige handelt, die sich den Schauplay der Heldentaten vom Montag ansehen wollen. In seinem Palais empfing Reichstagspräsident von Hindenburg den preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun zur Besprechung und im Landtagsgebäude wird der Preussische Landtag mit interessanten Verhandlungen eröffnet. Die völksparteiliche Reichstagsfraktion hat ihre Stellung zur Präsidentenwahl noch nicht endgültig festgelegt, obwohl ihr Führer, der Abg. Dr. Scholz, als Anwärter auf den Präsidentenstuhl stark genannt wird.

Das Reichskabinett aber hat für nachmittags 5 Uhr eine Sitzung angesetzt, die sich mit der am Donnerstag vor dem Reichstag abzugebenden Erklärung der Regierung beschäftigt. Alles das ist wahrlich ein Beweis für die Hochspannung, die sich stärker als je in diesen Tagen auswirkt.

In parlamentarischen Kreisen sieht man der Wahl des Reichstagspräsidentiums, die in der Mittwochssitzung des Reichstages stattfinden soll, mit Spannung entgegen. Einige Fraktionen haben sich ihre letzte Entscheidung immer noch vorbehalten, so daß mit Überzählungen gerechnet werden kann. In der Sitzung der Zentrumsfraktion des Reichstages wurde allerdings einstimmig beschlossen, an der bisherigen Praxis, daß die stärkste Partei den Präsidenten stellen soll, festzuhalten. Diesen Grundsatze wird die Fraktion auch bei der Wahl des Vizepräsidenten anerkennen unter der Voraussetzung, daß sich die Kandidaten zu der Geschäftsordnung des Reichstages bekennen und die Parteien sich verpflichten, für den Kandidaten des Zentrums im Präsidium zu stimmen. Als solcher wurde von der Fraktion einstimmig der Abgeordnete Esser vorgeschlagen. Wie bekannt wird, teilt diese Auffassung auch die Fraktion der Bayerischen Volkspartei. Wie verlautet, hält die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei an ihrem Beschluß fest, den Abgeordneten Dr. Vredt aus dem Kabinett zurückzuziehen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wählte die bisherigen Vorsitzenden Dr. Breitscheid, Hermann Müller, Dietmann und Welz wieder. Die Fraktion beschloß den Abgeordneten Löbe wieder als Präsidenten des Reichstages vorzuschlagen.

Ergebnislose Fraktionsführerbesprechung

Keine Einigung über das Reichstagspräsidium.
Im Reichstage fand auf Einladung des Alterspräsidenten Herold eine Fraktionsführerbesprechung statt, die den Zweck hatte, eine Einigung über die Präsidentenwahl herbeizuführen. Wie verlautet, erklärten die Nationalsozialisten, daß das Recht der stärksten Fraktion auf den Präsidentenposten in der Geschäftsordnung des Reichstages nicht verankert sei. Die Wahlen hätten eine ganz klare „antimarxistische“ Mehrheit ergeben. Es müsse deshalb auch ein antimarxistischer Präsident gewählt werden. Von anderen Parteien wurde darauf hingewiesen, daß der Anspruch der stärksten Fraktion parlamentarischer Brauch geworden sei. Eine Einigung wurde nicht erzielt.

Reichslandbund gegen das Kabinett.

Eine „führungsfähige Reichsleitung“ gefordert.
Der Bundesvorstand des Reichslandbundes beschloß an Reichsminister Schiele ein Taktstreben zu richten. Ferner nahm der Bundesvorstand eine Entschleunigung an. Der Reichslandbund vermisst im Regierungsprogramm das offene Bekenntnis zur Notwendigkeit der Revision unserer gefamten Reparationspolitik und die zur Heilung der Agrarnot erforderlichen durchgreifenden Maßnahmen. Das Programm zeige, daß die Regierung sich von parlamentarisch-parteilichem Konjunkturpolitik nicht freimache. Der Reichslandbund bittet alle dem Landvolk nahestehenden Parteien, auf die Schaffung einer „führungsfähigen Reichsleitung“ hinzuwirken.

In einer zweiten Entschleunigung erhebt der Reichslandbund Protest gegen die Erdrosselung der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung durch parteipolitische Mächte und gegen die erneute Bestätigung eines „verfassungswidrigen Gewerkschaftsmonopols“.

Die Wirtschaftspartei behält sich ihre Handlungsfreiheit vor.

Berlin, 14. Oktober. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei gibt über ihre mehrstündige Fraktionsitzung am Dienstag nachmittag eine Mitteilung heraus, wonach die Fraktion von der Ablehnung des Rücktrittsgesuches des Ministers Vredt durch den Reichspräsidenten und dem Ersuchen, als Minister ohne parteipolitische Bindung Kenntnis nimmt. Die Fraktion hält noch wie vor an ihrer Forderung der Umbildung des Kabinetts im Sinne ihres Schreibens vom Montag an den Reichskanzler fest. Der Reichsregierung gegenüber behält sie sich nunmehr völlig freie Hand vor.

Die Wirtschaftspartei hat damit einen geschickten Mittelweg eingeschlagen, indem sie den Justizminister Vredt weder zum Austritt aus dem Kabinett noch zum Austritt aus der Fraktion veranlaßt, sich selbst als Partei aber in eine klare Distanzierung von der Regierung Brüning begibt.

Dr. Eugenber und Dr. Oberfohren an den Reichskanzler.

An den Reichskanzler haben Dr. Eugenber und der deutschnationale Fraktionsführer Dr. Oberfohren ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: „Angesichts der bevorstehenden Abstimmungen halten wir es für erforderlich, unmissverständlich festzustellen, daß es die Frage der Regierungsbildung und das Regierungssystem in Preußen ist, die auch jetzt wieder einer politischen Zusammenarbeit der nichtmarxistischen Parteien zur Lösung der deutschen Frage entgegensteht. Die Abneigung des Zentrums in Preußen, die Verbindung mit der Sozialdemokratie zu lösen, ist der tiefste und innerste Grund, aus dem heraus die Tribut-, die Finanz- und Wirtschaftskrise Deutschlands jetzt durch die deutsche Verelendung gelöst werden soll statt durch das mutige Anpacken des Tributproblems. Für die durch eine gegenseitige Auffassung bedingte verderbliche Reichspolitik des jetzigen Kabinetts werden wir auch weiterhin keine Mitverantwortung übernehmen und aus diesem Grunde für die eingebrachten Misstrauensanträge und für die Aufhebung der erlassenen Notverordnung stimmen.“

Programmatifche Erklärungen Hitlers.

Berlin, 15. Oktober. In einer dem Berliner Vertreter des International News Service gewährten Unterredung äußerte sich, wie der Lokalanzeiger aus Neuport berichtet, Adolf Hitler zu dem am Tage der Reichstagsöffnung erfolgten Zerbrechen der Fensterscheiben, das hauptsächlich von Rowdies, Ladendieben, Plünderern und kommunistischen Provokateuren vollführt sei. Es habe nichts mit der nationalsozialistischen Bewegung zu tun, die jede Gewaltanwendung mit Ausnahme des von Gott gegebenen Rechtes, der Selbstverteidigung, verwerfe. Die Weiterentwicklung im Reiche hänge von der Regierungsbildung ab. Die parlamentarische Lage zwinge rasch zur Bildung zweier großer Rechts- und Linksbündes. Die Mittelparteien würden bald die eine oder die andere Seite zu wählen haben. Die Welt werde in Bälde zu entscheiden haben, ob sie ein nationalsozialistisches oder ein bolschewistisches Deutschland haben wolle. „Wir verwerfen“, so fuhr Hitler wörtlich fort, „alle politischen Tribute und werden sie niemals bezahlen. Versailles, Dawos- und Youngplan sind lediglich ungedeckte Scheeds und Deutschland kann niemals die Dedung aufbringen. Wir werden niemals etwas unterzeichnen, was wir nicht halten können, aber wir sind bereit, als Ehrenmänner vor die Welt hinzutreten und mit ihr auf gefestigter Grundlage zu verkehren. Wir erkennen die privaten Schulden an und die in Deutschland investierten Kapitalien. Es besteht für sie von unserer Seite keine Gefahr. Unsere ganze Bewegung zielt auf eine deutsche Monroe'doktrin, sie fordert Deutschland für die Deutschen. Ebenso wie Amerika Amerika für die Amerikaner fordert. Wir sind bereit, auf freundschaftlicher Basis mit allen zu verhandeln, die die Gerechtigkeit dieser Forderungen anerkennen. Wenn der Welt das nicht paßt, und sie uns zwingt, weiter zu zahlen, so wird sie sich mit dem Gedanken eines bolschewistischen Deutschlands abfinden müssen. Da werden nicht nur die politischen Tribute verloren sein, sondern ebenso die privaten Schulden.“

Der Regierungskommissar für Wohnungsbau.

Ein zusammenfassender Bericht.
Der Regierungskommissar für das Wohnungsbauprogramm 1930, Ministerialrat Dr. F. H. H. H., hat einen zusammenfassenden Bericht über seine Tätigkeit vorgelegt. Es heißt darin u. a.: Für die Durchführung des Programms wurde ein Mittelweg zwischen Zentralisation und Dezentralisation gewählt. Die Durchführung obliegt den Ländern. Das Reich überwacht die Durchführung durch einen Regierungskommissar. Die Bestimmungen der Länder über die Gewährung von